

Liebe Mitglieder des Bundestags,

ich habe mich erst kürzlich wegen der großen Ungerechtigkeit bei den Zinskonditionen des KfW-Studienkredits an Sie gewandt und Sie gebeten, sich für einen fairen Umgang mit den Studierenden einzusetzen.

Heute melde ich mich bei Ihnen wegen einer Angelegenheit von noch größerer Tragweite für eine Vielzahl von Studierenden, Fachschülerinnen und Fachschülern. Ich habe bei Durchsicht des Haushaltsplanentwurfs 2024 mit Entsetzen festgestellt, dass die Mittel für das BAföG im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erheblich zusammengestrichen wurden. Begründet wird dies laut Spiegel Online unter anderem damit, dass ein Rückgang der Zahl der BAföG-Empfänger*innen erwartet wird. Es wird also eingepreist, dass das BAföG weiter an Bedeutung verliert.

Die dringend erforderliche Anhebung der Bedarfssätze, der Freibeträge und der Wohnkostenpauschale sind mit diesem Haushalts-Ansatz nicht finanzierbar. Auch eine mögliche Strukturreform 2024 wäre nach dem aktuellen Stand nicht bezahlbar, und das, obwohl das BAföG schon in der Vergangenheit so kaputt gespart wurde, dass es nur noch rund 11 % der Studierenden erreicht und das Bundesverwaltungsgericht es mittlerweile für verfassungswidrig hält.

Wenn es bei der weiteren Aushöhlung des BAföG bleiben soll, müsste Ihnen das BMBF die folgenden Fragen für Studierende in Ihrem Wahlkreis vor einer Beschlussfassung schlüssig beantworten:

- » Wie ist es zu rechtfertigen, dass der gegenwärtige Bedarfssatz im BAföG inklusive Wohnkostenpauschale mit 812 € um 97 € unter dem steuerlichen Existenzminimum liegt?
- » Wie ist es zu rechtfertigen, dass der Regelsatz für das Bürgergeld, der das Existenzminimum abbilden soll, bei 502 € liegt, der Grundbedarf beim BAföG aber nur bei 452 € und damit 50 € unter diesem Existenzminimum?
- » Wie ist es zu rechtfertigen, dass die BAföG-Wohnkostenpauschale mit 360 € um 50 € niedriger liegt als der Mietanteil von 410 €, der in der für den Elternunterhalt maßgebliche Düsseldorfer Tabelle vorgegeben wird?
- » Zusammengefasst: Sind Studierende Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse?

Gerade drohen die wesentlichen BAföG-Versprechen der Bundesregierung wegzubrechen. Das ist fatal, denn rund ein Drittel der Studierenden lebt schon jetzt prekär. Studienabbrüche aus Geldmangel kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten, die Vernachlässigung des Studiums wegen erzwungener übermäßiger Erwerbstätigkeit auch nicht! Diese jungen Menschen sind die künftigen Lehrkräfte, Ärztinnen und Ingenieure, die wir so dringend brauchen.

Wenn die Ministerin es nicht schafft, sich für ‚ihre‘ Studierenden einzusetzen, dann sind Sie jetzt gefordert, das zu tun. Ich bitte Sie, Ihre Kompetenzen zu nutzen und die Bundesregierung und ihren Haushaltsentwurf beherzt zu korrigieren. Bitte lassen Sie gerade die Studierenden, die für ein Studium erhebliche Hürden überwinden müssen, und ihre Familien nicht im Stich!

Ich bitte um Verständnis für meine intensive und emotionale Ansprache, es geht um viel für die Studierenden. Sprechen Sie mich bei Rückfragen gerne an.

Mit freundlichen Grüßen



Sönke Nimz

